

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Stz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgebühren) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 30 A.
für Verfammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Zur 21. Generalversammlung unseres Zentralverbandes.

Am 2. Juni tritt in Hamburg die 21. Generalversammlung unseres Zentralverbandes zusammen. Die vorausgegangenen Generalversammlungen tagten:

Tagungsjahr	Tagungsort	Tagungsjahr	Tagungsort
1. 1883	Berlin	11. 1895	Stettin
2. 1884	Berlin	12. 1897	Halberstadt
3. 1885	Magdeburg	13. 1899	Berlin
4. 1886	Breslau	14. 1901	Nürnberg
5. 1887	Lübeck	15. 1903	Berlin
6. 1888	Hannover	16. 1905	Dresden
7. 1889	Weimar	17. 1907	Essen
8. 1890	Frankfurt a. M.	18. 1909	Stuttgart
9. 1891	Halle a. d. S.	19. 1911	Leipzig
10. 1893	Bremen	20. 1913	Berlin

Ferner haben drei außerordentliche Generalversammlungen in Berlin stattgefunden, zwei im Jahre 1910 und eine im Jahre 1913. Wäre der Weltkrieg nicht gekommen, dann hätte die 21. Generalversammlung im Jahre 1915 stattgefunden. Damals war es aber, wie in der betreffenden Entschließung der Zentralinstanzen ausgeführt wird, einer ganzen Reihe von Zahlstellen infolge des verhängten Belagerungszustandes nicht möglich, Versammlungen abhalten zu können; im Südwesten und im Osten Deutschlands waren Zahlstellen gänzlich auseinander gesprengt, sie konnten sich erst wieder sammeln nach Eintritt einigermaßen gesicherter Verhältnisse. Schließlich konnten aber auch die vielen zum Militär eingezogenen Mitglieder nicht ohne weiteres ausgeschaltet werden; ein schreiendes Unrecht würde es gewesen sein, wenn diesen Kameraden keine Gelegenheit gegeben würde, daß auch sie nach Beendigung des Krieges ihr Wort über die fernere Gestaltung unseres Verbandes mit in die Wagschale werfen könnten. Verbandsausschuss und Zentralvorstand glaubten daher, daß sie nur im Interesse des Verbandes handelten, wenn vorläufig von einer Einberufung der Generalversammlung Abstand genommen würde. Seien wir erst am Ende des Krieges angelangt, dann werde natürlich in kürzester Frist die Generalversammlung ausgeschrieben werden. — Wer hätte damals ahnen können, daß erst am Schlusse des Jahres 1918 die Vorbedingungen der 21. Generalversammlung einigermaßen erfüllt waren?

Welche Kurven hat nun das Organisationsleben seit dem Jahre 1913 umschrieben? Im gleichen Jahre war ein Reichstagsvertrag für das Baugewerbe zustande gekommen, der die mißlichen Verhältnisse zwischen Unternehmer und Arbeiter mehr verschleierte als regelte. Kampfstimmung beherrschte auch die Gewerkschaftspolitik der Regierungen, das stärkte ja gerade die ablehnende Haltung der Arbeitgeberverbände gegenüber den Gewerkschaften! Mit dieser überaus zugespitzten Situation befaßte sich der Gewerkschaftskongress im Jahre 1914, er bereitete Abwehrmaßnahmen vor. Diese Situation änderte sich jedoch total mit Ausbruch des Krieges. Die von der Regierung geplanten scharfen gesetzgeberischen und gerichtlichen Maßnahmen gegen die Gewerkschaften unterblieben. Aber nunmehr stand das Gewerkschaftsleben unter der Diktatur der stellvertretenden Generalkommandos, die mit Ausbruch des Krieges automatisch Herren der Situation geworden waren. Größere Veranstaltungen und planvolle gewerkschaftliche Aktionen waren einfach ausgeschlossen, sie stießen allerwärts auf unberechenbare Möglichkeiten, die von den allgewaltigen stellvertretenden Generalkommandos ausgingen. Außerst vorsichtig mußte das Organisationsleben zwischen diesen Schwierigkeiten hindurchslavieren. Das war um so mühevoller, weil die Gewerkschaften ihrem Wesen nach Friedensorganisationen sind, ihre Einrichtungen Friedenszwecken angepaßt waren. Es standen weder eigene Kriegserfahrungen zur Verfügung

noch Erfahrungen ausländischer Gewerkschaften; ohne entsprechende Erfahrungen traten wir in die Kriegsergebnisse ein.

Das allgemeine Hineinfinden in die gegebene Situation wurde wesentlich erschwert durch vorgefaßte Meinungen über die Kriegswirkungen. So vor allem die Meinung, daß ein Krieg zwischen den modernen Großstaaten nur einige Wochen, höchstens Monate dauern könne; daß allgemeine Arbeitslosigkeit und der völlige Zusammenbruch der Löhne unausbleiblich seien. In weiten Mitgliederkreisen bewirkten diese vorgefaßten Meinungen ein recht fühlbares Nachlassen der Gewerkschaftsenergie, was um so folgenschwerer zu werden drohte, weil gleich zu Kriegsbeginn recht viele Organisationsfunktionäre aus ihrer Organisationsstätigkeit herausgerissen und ins Kriegsheer eingereiht wurden. In fast allen Zahlstellenleitungen entstanden Lücken, teils wurden sie völlig gesprengt. Beitragsammler und Kolporteurs wurden in großer Zahl zu Kriegsdiensten eingezogen. Nur mit Mühe konnten die entstandenen Lücken gefüllt und die verbliebenen Verbandsmitglieder gesammelt und zum Festhalten an der Organisation bewogen werden. Immerhin gelang es verhältnismäßig rasch, die Aufregung zu bannen und den Zusammenhalt herzustellen.

Die vorgefaßten Meinungen über die Kriegswirkungen ermöglichten es vor allem den Arbeitgeberverbänden, sich eine Art arbeiterfreundliche Note auszustellen. Sie traten für die Innehaltung der tariflichen und ortsüblichen Arbeitsbedingungen ein, angeblich, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten, tatsächlich, um die sofort ins Steigen geratenen Preise ungeteilt einfach zu können. Der „Zimmerer“ zählt zu den ersten Gewerkschaftsblättern, die auf einen Umschwung der vorgefaßten und irrigen Meinungen hinwirkten. Er wurde dafür in den Unternehmerorganen verschrien, daß er den Burgfrieden gefährde.

Allmählich setzte die organisierte Interessenvertretung wieder ein, gefördert und unterstützt von den Funktionären unseres Zentralverbandes. Anfang Juli 1915 war die Angelegenheit soweit gediehen, daß die Zentralvorstände der am Tarifvertrag beteiligten Arbeitervverbände des Baugewerbes an den Vorstand des Arbeitgeberbundes herantraten, um „eine gegenseitige Aussprache darüber zu halten, wie die Notlage der Bauarbeiter, hervorgerufen durch die gewaltige Teuerung, behoben oder mindestens gemildert werden kann“. Der Arbeitgeberbund lehnte in einem langen Schreiben (es ist abgedruckt im „Zimmerer“ Nr. 32, Seite 224, Jahrgang 1915) nicht bloß ab, sondern wie zum Hohne verwies er darauf, daß sich die Notlage mildern lasse durch Leistung von Mehrarbeit über das übliche Maß hinaus, insbesondere durch Uebernahme von Akkordarbeit. Er verbot hingegen seinen Unterverbänden, Forderungen auf Teuerungszulagen zu bewilligen.

Natürlich war diese geradezu niederträchtige Haltung des Arbeitgeberbundes diktiert von der Tatsache, daß eine Streikaktion um diese Zeit nicht bloß mit großen Schwierigkeiten verknüpft, sondern geradezu ausgeschlossen war. Es war dazu auch nirgends Neigung vorhanden. Vielfach handelte es sich um reklamierte Kameraden oder um solche, die ihre Einberufung zum Heere zu gewärtigen hatten, und infolge von Streiks ließen Einberufungen nicht lange auf sich warten.

Die eigenartige Machtposition des Arbeitgeberbundes verführte diesen zu einer merkwürdigen Stellungnahme zum Vertragsablauf im Frühjahr 1916. In einem mit der Ueberschrift „Der Tarifablauf im Baugewerbe“ in der „Arbeitgeberzeitung“ erschienenen Artikel (ab-

gedruckt im „Zimmerer“ Nr. 49, Seite 329, Jahrgang 1915) wird den baugewerblichen Gewerkschaften quasi geraten, die Tarifverträge im Baugewerbe nicht zu kündigen, da Kampfmaßnahmen keinerlei Aussicht auf Erfolg hätten. Vielmehr könnten sie es als Erfolg buchen, wenn es ihnen gelänge, die Löhne auf der bisherigen Höhe zu halten, obwohl in dieser Zeit den Arbeitgebern nichts leichter wäre, als die Löhne wesentlich herabzumindern.

Es mag dahingestellt bleiben, wie die Verhältnisse sich weiter entwickelt hätten, wenn sie den beiderseitigen Parteien allein zu regeln überlassen geblieben wären. Es legte sich nun aber die Reichsregierung ins Mittel, um wieder einen Tarifvertrag zustande zu bringen. Sie konnte sich aber auch nicht entschließen, für ein annehmbares Angebot an die Arbeiter einzutreten. Die Verhandlungen scheiterten zunächst. Der Arbeitgeberbund versuchte nun, mit einer Teuerungszulage von 4 bis 6 % pro Stunde in eine tariflose Zeit einzutreten. Damit befriedigte er aber niemanden. Unsere Kameraden erklärten sich allerwärts mit der Haltung ihrer Vertreter bei den Verhandlungen einverstanden und lehnten den Abschluß eines neuen Tarifvertrages um jeden Preis einfach ab, waren aber damit einverstanden, daß eventuell in neue zentrale Verhandlungen eingetreten würde. Am 4. Mai 1916 kam dann eine annehmbare Vereinbarung zustande, die 7 bis 11 % pro Stunde Teuerungszulage brachte. Unsere Konferenzen, die sich mit dem Resultat beschäftigten, stimmten zu.

Die Arbeitslosigkeit betrug im Mai 1916 1,27 pSt. gegen 2,73 pSt. in Friedenszeiten; sie spielte schon seit Juli 1915 keine große Rolle mehr. Das Angebot von Zimmerern blieb immer weit hinter der Nachfrage zurück, bis zum Kriegsende. Bauerlaubnis für Privatbauten wurde nicht mehr erteilt. Ende des Jahres 1916 kam das Hilfsdienstgesetz. Heute wird man sagen müssen: das „berüchtigte“ Hilfsdienstgesetz! So ist es aber keineswegs von vornherein aufgefaßt worden. Wohl stand manch einer dem Gesetz von vornherein skeptisch gegenüber; auch Schreiber dieses gehört zu jenen Leuten, er hat nie ein Wort zugunsten jenes Gesetzes geschrieben. Allein man verbarrikadiert sich jede Einsicht in die Entwicklung der Verhältnisse, wenn man die heutige Auffassung über das Hilfsdienstgesetz bereits an seinen Anfang setzt. In ihrer Rundgebung zum Hilfsdienstgesetz schrieb die Generalkommission:

Das Gesetz hat durch Einführung der Arbeitspflicht den festen Boden für die Organisation der Arbeit im Dienste der Nation geschaffen. . . . Der Hilfsdienst verlangt weitgehende Opfer von allen, nicht zum wenigsten auch Verzicht auf wichtige Rechte. Dem freien Arbeitsvertrag, der Freizügigkeit, sind Schranken gesetzt. Das neue Gesetz bringt aber nicht bloß Pflichten für die Arbeiterschaft, sondern es ist durch die tatkräftige Mitarbeit des Reichstages gelungen, die Rechte der Arbeiter und Angestellten in Formen, die für die Interessenvertretung während des Krieges ausreichend sind, sicherzustellen. . . . In dem Existenzkampf, den Deutschland um sein Bestehen und um seine Zukunft führt, hat sich die Wahrheit glänzend durchgerungen, daß die Arbeiterklasse der bedeutendste Teil des Volksganges ist und ohne deren Opfer Sinn der geregelte Aufbau der Kriegswirtschaft nicht möglich wäre, der für die Selbstbehauptung unseres Volks in diesem Kriege von entscheidender Bedeutung ist. . . .

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß diese Ausführungen von dem Pflichtgefühl eingegeben sind, das Vaterland zu verteidigen. Sie bekommen erhöhte Bedeutung, da zu gleicher Zeit von Deutschland ein Friedensangebot an seine Feinde gerichtet war, das bekanntlich abgelehnt worden ist. Dieses Pflichtgefühl herrschte aber nicht bloß in der Generalkommission, sondern man kann sagen, fast allgemein. Voran ging die von dem Genossen Haase im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August 1914

im Reichstag abgegebene Erklärung: „Jetzt stehen wir vor der ehrenvollen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecken feindlicher Invasion . . . Es gilt diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich . . .“ Schreibt doch auch ein bekannter radikaler Genosse, Max Adler in Wien, in seiner Broschüre „Prinzip oder Romantik“: „Denn dies ist ja das historisch Merkwürdige dieses Krieges, was ihm sein äußeres bestechendes Gepräge gibt, daß dieser Völkerring zugleich ein Volkskrieg ist oder doch zu sein scheint, und zwar auf jeder Seite der im Kampf stehenden Staaten . . . Überall stehen alle politischen Parteien in gleicher Einigkeit auf der Seite ihres Staates und dadurch auf der Seite des Krieges, den sie durchhalten wollen bis zu einem erfolgreichen Frieden . . . Wenn man die Geschichte begreifen will, noch mehr, wenn man aus ihr lernen will, nützt es nichts, sich vor Tatsachen zu flüchten. Und eine solche Tatsache ist es, daß in diesem heutigen Kriege auch das sozialdemokratische Proletariat überall zu den Trägern des Krieges gehört, gewiß nicht aus eigenem Antrieb und Beschluß, aber nun, nachdem es in die Zwangslage des ausgebrochenen Krieges geraten war, doch überall mit großer innerer Anteilnahme. Ja, dies ist bis zu dem Grade wahr, daß diese merkwürdige und die bürgerliche Welt im höchsten Grad überraschende Erscheinung diesem Weltkrieg eigentümlich erst die Energie und Bedeutung eines Volkskrieges gegeben hat . . .“ Anders ist ja auch das lange, zähe Durchhalten in dem schrecklichen Kriege und das fortgesetzte Hungern hinter der Front gar nicht zu erklären. Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß es lange Zeit hindurch riskant war, selbst in privaten Arbeiterkreisen die Meinung zu äußern: Es komme gar nicht darauf an, wie der Krieg beendet werde, wenn er nur überhaupt möglichst bald zu Ende komme.

Wenn aber die Generalkommission darauf hinwies, daß es gelungen sei, die Rechte der Arbeiter und Angehörigen in Formen, die für die Interessenvertretung während des Krieges ausreichend seien, sicherzustellen, so ist ihr der gute Glaube nicht abzuspochen. Es hatte ein viel schlechterer Gesetzentwurf vorgelegen, er war unter Führung der Gewerkschaftsvertreter vom Reichstage umgestaltet worden. Die Interessenvertretung der Arbeiter, die bis dahin von den Säunen der stellvertretenden Generalkommandos abgehängt hatte, war im Hilfsdienstgesetz gewährleistet, auch das Vereins- und Versammlungsrecht, das bis dahin in weiten Gebieten Deutschlands auf Grund des Belagerungszustandes unterdrückt war. Tatsächlich wurde nach Erlaß des Hilfsdienstgesetzes die Interessenvertretung der Arbeiter auch lebhafter, als sie es bis dahin gewesen war. Die Vereinbarung für das Baugewerbe von 1916 lief bis zum 31. März 1918. Bereits am 27. April 1917 kam eine neue Vereinbarung zustande, wonach eine weitere Steuerzulage von 15 % pro Stunde gezahlt wurde. Im gleichen Jahre kam dann, allerdings unter bereits größerem Widerstande seitens der Arbeitgeberverbände, nochmals eine Vereinbarung zustande, wonach die Steuerzulage vom 10. Dezember ab um 10 % und vom 1. April 1918 ab um weitere 5 % pro Stunde erhöht wurde.

Das Hilfsdienstgesetz war der Regierung abgerungen, keineswegs von ihr in der Form, wie es zustandekommen, freiwillig gegeben. Die darin vorgeschriebene Interessenvertretung der Arbeiter war aber den Unternehmern ein Dorn im Auge. Beide Faktoren arbeiteten nun an der Auslegung und Handhabung des Hilfsdienstgesetzes, die das Interesse der Arbeiter daran ertöteten. Die Arbeiter empfanden das Gesetz nur mehr als eine arge Fessel. Die Erhöhung der Lohnneinkommen der Arbeiter bewegte sich im Postkutschentempo, die Erhöhung der Preise für Lebensmittel und alle Bedarfsartikel sowie die Erhöhung der Kriegsgewinne der Unternehmer und Kapitalisten bewegten sich aber im D-Zug-Tempo. Jede Steuerzulage löste in den Kreisen unserer Kameraden zunächst Befriedigung aus, aber nach kurzer Zeit standen Lohnneinkommen und Lebenskosten wieder in argem Mißverhältnis. Hinzu kam das Streben der Arbeitgeberverbände, jede Erhöhung des Tariflohnes im einzelnen unmöglich zu machen, wobei sie die wirksame Unterstützung der Kriegämter suchten und auch fanden. Zur Begründung der Forderung einer weiteren Steuerzulage im Sommer 1918 verfaßte unser Zentralvorstand eine Denkschrift und reichte sie bei der Regierung ein, worin diese tatsächlichen Verhältnisse geschildert wurden. Am Schlusse dieser Denkschrift wird ausgeführt:

„Daß der Tarifvertrag in weiten Kreisen der Bauarbeiter eine Fessel, ja, als ein Fluch empfunden wird, ist schon bei den vorausgegangenen zentralen Verhandlungen von seiten der Arbeitervertreter ausgeführt worden. Allein, wo man

gewahrt wird, daß der Tarifvertrag diese Eigenschaft erst durch seine Verbindung mit dem Hilfsdienstgesetz und seiner Handhabung durch die Organe desselben erhält, da macht sich die Auffassung immer schärfer bemerkbar, daß bei dieser Handhabung nicht so sehr Kriegsnotwendigkeiten maßgebend seien, sondern Rücksicht auf die Interessen der Kriegsgewinnler. Zu welchen praktischen Ergebnissen solche Auffassung führt, auszudeuten, können wir unterlassen, da die Schlussfolgerungen ohnehin klar auf der Hand liegen.“

Am 1. September 1918 kam nochmals eine Vereinbarung zustande, wonach in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 1. Januar 1919 die Steuerzulagen in zwei Staffeln um 15 bis 29 % pro Stunde erhöht wurden. Unsere Gaukonferenzen stimmten zu. Allein das Hilfsdienstgesetz und der starre Tarifvertrag, ja, der ganze Krieg, waren inzwischen verdientermaßen für die Arbeiterwelt ein einziger Komplex des Ekels geworden!

Leider hat dieses Kriegsergebnis zunächst den Bruderkrieg in der Arbeiterwelt zeitig, der auch auf unsern Zentralverband überzugreifen droht. Wie weit er Boden gefaßt hat, wird sich auf der Generalversammlung zeigen müssen. Es wäre freilich aufs tiefste zu bedauern, wenn der Bruderkrieg auch in unsern Reihen weitere Kreise zieht. Der Weltkrieg ist vorbei, ein nach unserer Auffassung zutreffendes abschließendes Urteil über ihn, lag vor, nachdem er kaum begonnen hatte. Max Adler führt in seiner bereits erwähnten Broschüre aus:

„Man hört so oft, daß dieser Krieg das Absonderliche und Peinigende an sich habe, daß niemand bündig zu sagen vermöchte, um was er eigentlich geführt wird. Jede Macht will doch nur die Uebergriffe der andern abgewehrt haben, so daß alle zusammen sich zerfleischen — aus Desinteresse. Der Grund dieser allerdings höchst sonderbaren Erscheinung liegt darin, daß das eigentliche Ziel des Krieges sich überall dem klaren Bewußtsein der Völker entziehen muß kraft der verschleiern Wirkung der Ideologie, von der wir anfangs sprachen (die vermeintliche Interessengemeinschaft, innerhalb jeder nach Vorherrschaft strebenden Nation). So kommt es, daß selbst im Proletariat es erst nur wenigen klar geworden ist, wie der Gedanke der Nation nur der imperialistische Ausdruck ist für die gesteigerte Handels- und Industriemacht bloß eines Teiles der Nation, der herrschenden Klassen, für ihre Oberherrschaft auf dem Weltmarkt, also für ihren Weltprofit. Wer soll Herr der Erde sein? Das heißt: Wem soll die kapitalistische Welt fronden, wem soll aller Zins und Profit ausfließen? — Für die Entscheidung dieser Frage ist jetzt die Welt in Brand geraten. Sie mußte zur Schicksalsfrage unserer Zeit werden, weil diese ihr Wirtschaftsleben noch in keine andern als kapitalistischen Formen bringen können. Für sie müssen jetzt die Völker der Kulturwelt all das Leid und die Zerstörung des Krieges auf sich nehmen. Gewiß ist es nur ein Stück der notwendigen ökonomischen Entwicklung, wie sie durch die immanenten Tendenzen des Kapitalismus vorgezeichnet ist, die sich nun vollzieht.“

Damals wurde blutig gerungen, jetzt ist ausgerungen. Die herrschenden Klassen Deutschlands haben das Spiel verloren, die herrschenden Klassen der Entente haben es gewonnen. Sie sind drauf und dran, sich die unterlegenen Völker dauernd fronspflichtig zu machen. Wehe uns, wenn wir uns diese Tatsache durch den Bruderkrieg in den eigenen Reihen verschleiern lassen! Die herrschenden Klassen Deutschlands haben sich während des Krieges so benommen, wie es von ihnen kaum anders zu erwarten war. Sie haben den Krieg nicht als ihre Schicksalsfrage aufgefaßt, sondern als eine günstige Konjunktur, große Profite zu machen, ihr Kapital zu mehren. Das Junkertum schrie unausgesetzt nach „Anreizpreisen“ und die Regierung sorgte dafür, daß sie ihm gewährt wurden. Der Handel kannte in der Steigerung der Preise keine Grenzen. Das industrielle Unternehmertum unterhielt ein Heer von Federfuchsern, die über die Begehrlichkeit der Arbeiter und gegen die „Phantasielöhne“ schreiben mußten, und die Regierung benutzte diese Hanswurstdiener gegen die Arbeiter. Inzwischen häufte das industrielle Unternehmertum die Kriegsgewinne zu Bergen. Die herrschenden Klassen Deutschlands haben den moralischen Anspruch auf ihre bisherige Herrschaftsstellung verwirkt. Allein die Moral ist kein ausschlaggebender politischer Faktor. Wenn im übrigen die Verhältnisse günstig sind, greifen dieselben Klassen wieder zur politischen Macht, unter Umständen mit Unterstützung der herrschenden Klassen der Entente. Der Bruderkrieg in der Arbeiterbewegung ist solchem Streben außerordentlich günstig. Das sollten wir nicht übersehen. Es ist den ehemaligen herrschenden Klassen aber unmöglich, jemals wieder zur politischen Macht zu gelangen, wenn die Arbeiterbewegung einig und geschlossen auftritt. Darum sollten allerwärts, wo sich klassenbewußte Arbeiter versammeln, diese das Gelöbnis ablegen und bekräftigen, den Bruderkrieg in den eigenen Reihen zu beenden und mit aller Energie für Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung zu wirken. Auch auf unserer bevorstehenden Generalversammlung!

Sieht man die aus den Zahlstellen an die Generalversammlung gestellten Anträge durch, so findet man recht viele, die nicht von dem in vorstehenden entwickelten Standpunkte ausgehen, sondern sich bewußt

oder unbewußt gegen ihn richten. Teils würden die Anträge, wenn sie zum Beschluß erhoben würden, unsern Zentralverband vernichten, ihn jedenfalls jeder Festigkeit entkleiden und ihn zum Spielball wandelnder Stimmungen machen. Nun würde es freilich zu weit führen, diese Anträge hier alle zu registrieren und auf ihre Konsequenzen hin zu erörtern; wir müßten das der Generalversammlung selbst überlassen. Nur einen Antrag halten wir uns verpflichtet herauszugreifen, der drastisch zeigt, wie weit an manchen Orten der Bruderkampf in unsern Reihen eingedrungen ist, und daß er dazu führt, alles sozialistische Empfinden abzutöten. Denn man kämpft dort nicht mehr um Meinungen, sondern gegen Personen und schreckt nicht davor zurück, vermeintliche Meinungsgegner ehelos zu machen. Wir meinen den Antrag:

„Der gesamte Hauptvorstand ist neu zu wählen mit der Bedingung, daß keiner von den bisherigen Vorstandsmitgliedern wieder gewählt wird.“

Nehmen wir den Antrag so, wie er gemeint ist, rein persönlich, und fragen wir uns, wie er sich zu den sozialistischen Grundsätzen verhält. In der Propaganda für den Sozialismus wurde bisher immer betont: Der Sozialismus ist ein Wirtschaftssystem, dessen Eigenart darin besteht, daß in ihm alle wirtschaftlichen Vorgänge dem obersten Zwecke, die Wohlfahrt aller Menschen zu fördern, untergeordnet sind. Statt der vermöglichen Welt des Kapitalismus, in der die Menschheit verkommt, bedeutet der Sozialismus eine Welt vollkommener Bedürfnisbefriedigung, günstiger Kraftverwertung, höchsten Arbeitsertrages bei relativ geringster Arbeitsleistung, oder kurz: Vermehrung, Verbesserung und Verbilligung der Produktion; eine Welt, wo kein Hunger bekannt ist, keine quälende Sorge; wo man weiß, daß die Kinder alle gut ernährt, versorgt und erzogen werden und weder Greise noch Invaliden zu darbey brauchen; wo man mit Sicherheit weiß, daß man keine Angst für die Zukunft zu haben braucht. — Für die Anerkennung und Durchführung dieser Grundsätze haben die Mitglieder unseres Hauptvorstandes erfolgreich gewirkt. Sie sind bereits 29 Jahre, 26 Jahre, 24 Jahre, 20 Jahre usw. auf ihren Posten. In Anbetracht ihrer erfolgreichen Tätigkeit sind sie von jeder Generalversammlung anstandslos wiedergewählt. Wie in der Produktion die aufgewendete Arbeitskraft im hergestellten Produkt wieder erscheint, so erscheint auch die aufgewendete Lebenskraft unserer Vorstandsmitglieder im Fortschreiten und Gelingen, in den Erfolgen unseres Zentralverbandes wieder. Bis auf einen mehr oder minder kleinen Rest ist die Lebenskraft der Mehrzahl der Hauptvorstandsmitglieder im Verbandeleben verbraucht. Da fordert nun der erwähnte Antrag, die Generalversammlung solle die Hauptvorstandsmitglieder auf die Straße jagen wie mißliebig gewordene Hunde. Und die Antragsteller erheben gewiß Anspruch darauf, als besonders radikale Sozialisten zu gelten. Befinden wir uns mit solchen Anträgen nicht bereits auf stark abschüssigen Bahnen? Wer sozialistisch empfindet, wird nicht wünschen können, daß sich auch die Generalversammlung auf diese Bahnen begibt.

Weit wichtiger als die Vergangenheit ist aber die Zukunft, und diese sieht außerordentlich trübe aus. Wenn in den Berichten über den baugewerblichen Arbeitsmarkt darauf hingewiesen wird, daß die Bautätigkeit sehr gering sei, während andererseits der große Mangel an Wohnungen in den Städten und auf dem Lande gebieterisch die Errichtung von Wohnungsbauten verlangt, so liegt das daran, daß wir uns noch immer im Kriegszustande befinden. Erst nach Friedensschluß kann der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erfolgen. Die Friedensbedingungen, die von der Entente diktiert werden, sind jedoch ungemein hart, sie drohen den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens schwer zu belasten. Sie rechtfertigen vor allem den Optimismus nicht, der in vielen Anträgen zum Ausdruck kommt. Wer von der Auffassung ausgegangen ist, daß die Erwerbslosen-, Kranken- und Sterbeunterstützung Aufgaben des Staates seien, wird heute schon einsehen müssen, daß die Unterstützungsmöglichkeiten durch den Staat nur recht beschränkt sind, so daß befürchtet wird, daß die bisherigen sozialpolitischen Einrichtungen nicht einmal aufrechterhalten werden können. Die finanziellen Leistungen, welche die Entente von Deutschland verlangt, sind so schwer, daß sie kaum Mittel für die Kriegsbeschädigten übrig lassen. Deutschland soll zur Sicherung für die harten Friedensbedingungen der schärfsten finanziellen und wirtschaftlichen Kontrolle und Einwirkung einer ständigen Kommission der feindlichen Mächte unterworfen werden, die selbständig über unsere Steuern und andern Einnahmen und über deren Verwendung für ihre Zwecke bestimmen kann. Daß solche Maßnahmen auch für das Gewerkschaftsleben bestimmend werden, liegt klar auf der Hand. Unsere Generalversammlung wird kaum umhin können, bei ihren Beschlußfassungen diese Tatsachen mit in Rechnung zu ziehen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Feststellungen über die Durchführung des Achtstundentages.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veranstaltet auf Beschluß einer Vorstandskonferenz Erhebungen über die Durchführung des Achtstundentages. Das Erhebungsmaterial, 2 Berichtsbogen und ein über die Erhebungen aufklärendes Zirkular, geht allen Zahlstellen mit dieser „Zimmerer“-Sendung zu. Die Empfänger der „Zimmerer“-Sendungen werden dringend gebeten, das Material unverzüglich an den Vorsitzenden der Zahlstelle abzugeben. Die Zahlstellenvorstände haben sofort mit den Erhebungen zu beginnen. Die Arbeit muß so beschleunigt werden, daß sie bis Ende Juni abgeschlossen ist. Bis zum 1. Juli spätestens muß ein Exemplar des Berichtsbogens beim Zentralvorstand eingegangen sein.

Die statistischen Feststellungen für den 31. Mai

sind aus allen Zahlstellen sofort nach dem Termin einzusenden. Daran sind besonders alle diejenigen Zahlstellen zu erinnern, die es gewohnt sind, regelmäßig durch die Gauleiter um die Einsendung der Karte gemahnt zu werden. Eine Mahnung wird diesmal nicht angängig sein, weil alle Gauleiter in der ersten Juniwoche, in der die Mahnungen zu erfolgen hätten, auf unserer Generalversammlung anwesend sein müssen. Die Einsendung muß deshalb unaufgefordert geschehen. Es darf nicht vorkommen, wie es bei den Feststellungen vom 26. April der Fall war, daß bei Veröffentlichung des Ergebnisses weit über 200 Zahlstellen als fehlend aufgeführt werden müssen. Die mit den Feststellungen beauftragten Kameraden müssen sich der strengsten Pünktlichkeit befleißigen.

Unsere Lohnbewegungen.

Gau Südbayern. Außer in den in voriger Nummer des „Zimmerer“ mitgeteilten Orten sind noch Vereinbarungen getroffen in Augsburg, Dillingen, Freising, Landsbut, Passau, Straubing, Immenstadt, Kaufbeuren, Kempten, Lindau, Memmingen sowie für die Baustellen des M₃- und Junggebietes.

Gau Württemberg. Bis zum 24. Mai sind im Gau 16 (Württemberg und badisches Oberland) an folgenden Orten Tarifverträge abgeschlossen worden. Der vereinbarte Lohn ist in Klammern beigefügt, R. bedeutet Reichstalar, L. Lokaltarif. Aalen R. (160), Freudenstadt R. (160), Friedrichshafen R. (190), Gppingen R. (190), Gisingen R. (190), Haurndau R. (190), Ebersbach R. (180), Salach R. (180), Heidenheim L. (170), Heilbronn R. (210), Konstanz L. (190), Nagold L. (145), Radolfzell L. (160), Ravensburg R. (160), Sigmaringen L. (180), Schweningen R. (175), Stuttgart R. (200), Tübingen L. (185), Böblingen L. (190), Gillingen R. (190), Feuerbach R. (200), Kornwestheim L. (200), Ludwigsburg R. (185), Mähringen R. (180), Oberndorf R. (165), Rottweil R. (165), Oberkärtheim R. (200), Waiblingen R. (180), Zuffenhausen R. (200), Tuttlingen L. (190), Ulm R. (180), Saulgau L. (160), Wildbad L. (180), Calmbach L. (180), Neuenbürg L. (190), Billingen L. (160). Gscheitert sind die Verhandlungen für Kirchheim u. T., Mürtingen, Fellbach, Reutlingen, Sindelfingen, Waiblingen, Wimmenden und Lüdingen. In vorstehenden Orten wollten die Unternehmer wohl Tarifverträge abschließen, jedoch keinen Pfenning Lohnerhöhung bewilligen. In Reutlingen sind die Kameraden in den Streik eingetreten. In folgenden Orten müssen noch Verhandlungen geführt werden: Crailsheim, Gmünd, Dohringen, Rosenbergl, Sigmaringen, Taifingen, Ebgingen und Donauessingen.

Im Gau Mecklenburg ist die Tarifbewegung noch in der Schwebe. Es haben zwar Verhandlungen stattgefunden für zusammengedragene Ortsgruppen, doch haben ihre Ergebnisse nicht die Zustimmung unserer Zahlstellen gefunden. Sie fordern jetzt örtliche Verhandlungen; der Arbeitgeberverband verbietet jedoch solche und untersagt seinen Mitgliedern auch, höhere Zugeständnisse zu machen, als in den gruppenweisen Verhandlungen vorgeesehen sind. Er will die Angelegenheit den Zentralorganisationen überweisen. Sein Vorhaben findet in unsern Zahlstellen berechtigten Widerstand. Differenzen sind nicht ausgeschlossen.

Aus dem Gau Dresden werden Vereinbarungen gemeldet für Finsterwalde, Triebel, Senftenberg, Müdenberg, Hoyerwerda, Lautawerk und Sorau. In Sommerfeld ist das Lohnangebot der Unternehmer, weil es zu gering war, abgelehnt worden. Jetzt soll der Schlichtungsausschuß Guben einen Entscheid fällen.

Streik in Reutlingen. Nach resultatlos verlaufenen Verhandlungen am 14. Mai sind unsere Kameraden in Reutlingen am 15. Mai in den Streik getreten.

Streik in Frankenthal (Pfalz). Bisher gehörte Frankenthal zum Lohngebiet Ludwigsbafen mit einem einheitlichen Lohn. Nach einer neueren Regelung soll es in die zweite Lohnklasse kommen und einen um 15 % pro Stunde geringeren Lohn erhalten. Das hat großen Unwillen unter unsern Kameraden hervorgerufen, der schließlich zur Arbeitseinstellung geführt hat.

Platzstreik in Düsseldorf. Wegen Nichtanerkennung des Tariflohnes ist bei der Firma Sandvoß, Arbeitsstelle Düsseldorf-Geerd, die Arbeit eingestellt. Das Geschäft ist gesperrt.

Zur Lohnbewegung in Berlin erfahren wir, daß nach Ablehnung des bereits mitgeteilten Schiedsspruches und Anwachsens der Streikbewegung Unternehmer und Arbeiter die Vermittlung des Wohnungsverbandes Groß-Berlin angenommen haben. In einer Verhandlung am 13. Mai unter Leitung des Vorsitzenden genannten Verbandes ist ein Vergleich zustande gekommen, für dessen Annahme einzutreten beide Parteien sich bereit erklärt haben. Nach diesem Vergleich soll

der Stundenlohn ab 17. Mai M. 2,75, ab 1. Juli M. 2,80 betragen. Die Entscheidung der Parteien hierüber muß bis 24. Mai getroffen sein. Unsere Kameraden haben sich damit in einer Zahlstellerversammlung am 21. Mai beschäftigt und dem Vergleich zugestimmt.

Zur Lohnbewegung in Braunschweig wird uns berichtet, daß auf Beschluß einer Versammlung am 17. Mai um Verhandlungen mit den Zimmermeistern nachgesucht worden ist, und zwar auf Grund der Forderungen vom 24. April. Die Arbeitsgelegenheit ist gut.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung in Crawinkel. Die plötzlich eingetretene günstige Konjunktur in den Sägewerken und das erfreuliche Wachsen unserer Zahlstelle gaben den Anstoß zu einer Lohnbewegung auf Grundlage einer Forderung von M. 1,20 pro Stunde. Die Bewegung war von Erfolg. Nur eine Firma weigerte sich, zu bewilligen. Hier wurde deshalb die Arbeit eingestellt und das Geschäft gesperrt.

Ein Streik in Brenzlau wegen der Werkzeugschädigung ist nach zehntägiger Dauer ohne Erfolg beendet worden. Ueber die hauptsächlichsten Lohn- und Arbeitsbedingungen war schon vorher eine Einigung erzielt worden.

Beigelegte Differenzen in Velten. Zu einer Arbeitseinstellung kam es am 9. Mai in dem Sägewerk von Krause. Daran waren Zimmerer, Hilfsarbeiter und Kutscher beteiligt. Die Zimmerer forderten einen Stundenlohn von M. 2,15. Am 15. Mai wurde eine Einigung erzielt. Die Zimmerer erhalten jetzt M. 2,10 Stundenlohn, und zwar auf unbestimmte Zeit. Am selben Tage wurde auch der Streik aufgehoben.

Der Streik in Nauen ist beendet, die Arbeit wurde am 19. Mai wieder aufgenommen. Der Stundenlohn beträgt ab 12. Mai M. 2, ab 15. Juni M. 2,20. Eine Versammlung am 14. Mai hat den getroffenen Abmachungen bis auf unwesentliche Einzelheiten zugestimmt. Ueber letztere soll nochmals mit den Unternehmern gesprochen werden.

Vereinbarungen in Thorn. Hier ist folgende Vereinbarung zustande gekommen. Der Stundenlohn beträgt ab 19. April M. 2, für Junggefallen im ersten Gesellenjahre M. 1,85. Für Ueberstunden werden 15 pSt., für Nacharbeit 25 pSt., für Sonn- und Feiertagsarbeit 50 pSt. Zuschlag vergütet.

Verhandlungen in Freiberg i. S. führten bisher zu keinem Ergebnis. Die größten Schwierigkeiten bereitet die Regelung der Lohnfrage. Auch eine Werkzeugschädigung wird glatt abgelehnt. Nunmehr ist die Entscheidung dem Schlichtungsausschuß für die Kreishauptmannschaft Dresden übertragen.

Vereinbarungen in Zwickau. Der in Zwickau geschlossene Tarif schreibt einen Stundenlohn vor von M. 2 ab 2. Mai und M. 2,10 ab 8. Juli; dazu Zuschläge für Ueberstunden, Sonntagsarbeit usw. Die wöchentliche Arbeitszeit ist 47 Stunden. Für Kirchberg und Wildenfels gilt die gleiche Vereinbarung mit Ausnahme des Stundenlohnes, der M. 1,90 respektive M. 2 beträgt.

Verhandlungen in Roffen führten zu einer Vereinbarung über alle Punkte, mit Ausnahme der Werkzeugschädigung. Der Stundenlohn beträgt fortab M. 1,80. Die Werkzeugschädigung ist in allen sächsischen Zahlstellen noch strittig. Ihrer Regelung widersetzt sich besonders Zimmermeister Noack aus Dresden. Aus welchen Gründen, ist uns nicht verständlich, da Herr Noack über die Höhe des Aufwands für Zimmererwerkzeug doch unterrichtet sein müßte.

Verhandlungen in Dobrilug-Kirchhain sind infolge mangelnden Entgegenkommens der Unternehmer in der Lohnfrage gescheitert. Jetzt soll der zuständige Schlichtungsausschuß sich der Sache annehmen.

Vereinbarungen für Nordenham. Die Verhandlungen sind beendet. Der Stundenlohn beträgt ab 1. April M. 1,90, ab 1. Mai M. 2 und ab 1. Juni M. 2,10. Hinzu kommen noch Zuschläge für außergewöhnliche Arbeiten.

Der Streik in Demmin ist nach vierzehntägiger Dauer mit Erfolg beendet. Gefordert wurde ein Stundenlohn von M. 1,65. Erreicht ist sofort M. 1,55, ab 1. August M. 1,60.

Vereinbarungen in Uetersen setzen den Stundenlohn ab 1. Mai auf M. 1,85, ab 1. Juni auf M. 2 fest.

Vereinbarungen in Bad Bramstedt setzen den Stundenlohn auf M. 1,70 fest.

Die Lohnbewegung in Burg i. Dithm. endete mit der Vereinbarung eines Stundenlohnes von M. 1,65.

Nach Vereinbarungen in Ahrensböck beträgt der Stundenlohn ab 9. Mai M. 1,50, ab 1. Juni M. 1,60, ab 1. August M. 1,70 und ab 1. Februar 1920 M. 1,80.

Verhandlungen in Bredstedt führten zu einer Vereinbarung, wonach ab 1. Juni M. 1,70, ab 1. Juli M. 1,80 Stundenlohn gezahlt werden soll. In der letzten Maiwoche soll die Unterzeichnung der Vereinbarung erfolgen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Angerburg. Am 11. Mai fand eine Versammlung statt. Kamerad Nicolai aus Raitenburg hatte sein Erscheinen absagen müssen, weil Sonntags kein Zug fährt. Kamerad Kurzik hob mit Bedauern hervor, daß bei Ausbruch des Krieges 1914 fast alle Kameraden zum Heeresdienst eingezogen wurden, darunter auch der ganze Zahlstellenvorstand; die Zahlstelle ging selbstständig ein. Nun seien aber die Kameraden seit dem Herbst vorigen Jahres aus dem Felde zurückgekehrt, und er habe sich seit dieser Zeit alle Mühe gegeben, um die Zahlstelle wieder ins

Leben zu rufen. Auch habe er sich an den Kameraden Nicolai gewandt; dieser sei auch wiederholt hier gewesen, es ließe sich aber leider nichts ausrichten, weil niemand die Sache in die Hand nehmen wollte. Er selber sei auch mit andern Kosten überhäuft gewesen. Nun müsse aber die Sache endlich mal ernst genommen werden, damit alle Zimmerer der Organisation zugeführt und wieder geordnete Zustände geschaffen werden, zumal wir auch zurzeit in Lohnbewegung stehen. Er forderte die Anwesenden zum Wiedereintritt in unsern Verband auf. Diesem stimmten alle einmütig zu. Aus der Versammlung wurde noch laut, daß die Unternehmer nur M. 1,60 pro Stunde zahlen wollen. Ein anderer Unternehmer, der früher Mitglied unseres Verbandes gewesen, hatte es wohl gut gemeint, indem er erklärte, daß den organisierten Zimmerern der geforderte Stundenlohn von M. 1,95 gezahlt werden solle und den Nichtorganisierten nur M. 1,60 zu zahlen sei; diesem konnte nicht zugestimmt werden. Dann wurde die Vorstandswahl vorgenommen. 25 Kameraden ließen sich neu und erneut als Mitglieder unseres Verbandes aufnehmen. Kamerad Nicolai soll ersucht werden, das Weitere in die Hand zu nehmen und das Material zu bestellen, damit die Zahlstelle so bald wie möglich zustande kommt.

Grünberg i. Schl. Am 8. Mai tagte gleich nach Arbeitsschluß bei Nummer unsere Mitgliederversammlung. Nach Verlesen des Protokolls wurde zur Wahl zweier Kameraden geschritten, die am 9. Mai mit den Arbeitgebern über die Lohnverhältnisse der Lehrlinge verhandeln sollen. Gewählt wurden die Kameraden Bentisch und Ventloff. Ihnen wurde auf den Weg gegeben, einzutreten 1. für die dreijährige Lehrzeit, 2. daß die Lehrlinge nicht als billige Arbeitskraft ausgenutzt werden und 3. daß die Lehrlinge mehr praktische Arbeit in die Hand bekommen. Als Antrag zur Generalversammlung wurde die Einführung der Erwerbslosenunterstützung beschlossen. In „Verschiedenes“ stellte Kamerad Kluge den Antrag, einen Kameraden von den Arbeitern und verwandten Berufsgenossen mit in den Vorstand zu wählen, damit deren Ansichten mehr vertreten werden. Kamerad Schmidt aus Breslau wurde ersucht, in kurzer Zeit Grünberg zu besuchen, damit die Lohnverhältnisse der Firma Beuchelt mit den Löhnen der Zimmerer auf den Baupläzen ausgeglichen werden. Für die Poliere wurde ein besonderer Lohnsatz im Aussicht gestellt mit 30 % pro Stunde mehr als der Gesellenlohn. Um die Nachfeierabendarbeit zu bekämpfen, wurde beschlossen, eine Anzeige im „Grünberger Wochenblatt“ erscheinen zu lassen, die Einwohnerschaft möchte sich mit ihren Arbeiten an die Baumeister wenden, da laut Versammlungsbeschluß die Nachfeierabendarbeit den Zimmerern verboten ist; die Einwohner sollen sich bei Weigerung einzelner Zimmerer nicht beleidigt fühlen. Zur Schlichtungskommission wurden die Kameraden Ventloff, Bentisch und Schulz gewählt. Als Versammlungstag wurde der erste Dienstag im Monat festgesetzt. Zur Stichwahl für die 21. Generalversammlung konnte nicht geschritten werden, da unsere 76 Stimmen aus Grünberg nicht berücksichtigt worden sind und eine Antwort auf unsern Protest noch nicht zurück war. Der Punkt mußte bis zur nächsten Versammlung vertagt werden. Anwesend waren 53 Mitglieder.

Königsberg i. Pr. Am 2. Mai beschäftigte sich eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit den letzten Tarifverhandlungen. Kamerad Neumann gab bekannt, daß die Arbeitgeber nur die Forderung auf M. 2,10 Stundenlohn zugestanden haben. Zur Bewilligung der Werkzeugschädigung waren sie jedoch nicht zu bewegen. Redner betrat den Standpunkt, die Versammlung solle der Lohnkommission die Vollmacht erteilen, den Tarif auch ohne die Entschädigung für das Werkzeug abzuschließen, damit nicht auch der Tarifvertrag für die Provinz zum Scheitern komme. Kamerad Oltersdorf unterstützte diese Ansicht. Auch mehrere andere Redner sprachen sich dafür aus und bedauerten gleichzeitig, daß leider nicht mehr zu erreichen war. Dann wurde beschlossen, daß die Lohnkommission den Tarif unterzeichnen soll, doch sollen zum 15. Juli neue Forderungen zur Regelung der Werkzeugfrage aufgestellt werden. Neumann und andere Redner betonten dann die Wichtigkeit der Platzdelegierten und bedauerten, daß sie auf den meisten Plätzen noch nicht gewählt seien. Dann wurde beschlossen, daß Kamerad Neumann die Geschäftsleitung als Angestellter für ein Monatsgehalt von M. 410, einschließlich eines vom Hauptvorstande gewährten Zuschusses in Höhe von M. 275, weiterführen soll. Zum Schluß erstattete Kamerad Rogall den Bericht über den Stand der Volkshausgesellschaft.

Rosenberg (Zahlstelle Riefenburg). Am 7. Mai fand unsere regelmäßige Versammlung statt. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Auf der Tagesordnung stand: Besprechung der Lohnfrage. Da die Verhandlungen in Graubenz resultatlos verlaufen sind, müssen die Zimmerer Riefenburgs und Rosenbergs selbstständig handeln. So haben es die Zimmerer in Riefenburg auf M. 1,60 pro Stunde und in Rosenberg bei neunstündiger Arbeitszeit auf M. 1,50 gebracht, jedoch soll die neunstündige Arbeitszeit nur 14 Tage dauern. Die Vereinbarung soll bis Abschluß des Lohnvertrages gelten. Bei dem Vertragsabschluß muß mit allem Nachdruck darauf gedrungen werden, herauszuholen, was irgend möglich ist, da es bei dem heutigen Lebensmittelpreisen ausgeschlossen ist, mit dem bestehenden Stundenlohn auszukommen. Gerügt wurde das Verhalten des Kameraden Winkler, dem es durchaus nicht möglich sein soll, zur Versammlung zu erscheinen. Nachdem die Kameraden gesprochen hatten, für besseren Besuch zu sorgen, wurde die Versammlung geschlossen.

Baugewerbliches.

Ein vielseitiges Unternehmen ist Philipp Holzmann N.-G., Frankfurt a. M. Nach seinem neuesten Bericht erhielt das Unternehmen auch im letzten Jahre beträchtliche Bauaufträge, deren Ausführung sich zum Teil auch auf 1919 erstreckt. Dagegen mußte es in der Türkei, in Belgien, Luxemburg und Elsaß-Lothringen die Arbeiten einstellen. Der Stand der Geschäfte in Südamerika und

Rußland könne erst nach Friedensschluß übersehen werden. Ueber die Behandlung der aus den Bahnbauten in Ostafrika zu stellenden Ansprüche wurde mit der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft eine vorläufige Verständigung erzielt. Im Grundstücksgeschäft wurden in Frankfurt a. M. mit befriedigendem Nutzen 1 ha 39 a 24 qm verkauft. In Berlin wurde ein Hausgrundstück erworben. Die zum Verkauf bestimmten Liegenschaften umfassen von insgesamt 255 ha 56 a Grundbesitz des Unternehmens noch 76 ha 25 a 28 qm, wovon sich in Frankfurt und Umgebung befinden 62 ha 37 a 54 qm. Ueber die Beteiligungen wird berichtet, daß die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen G. m. b. H. in Berlin den in 1917 erzielten Gewinn zu Rückstellungen benutzte. Ende 1918 gingen Anteile dieser G. m. b. H. in Höhe von M. 750 000 durch Kauf in das Eigentum der Philipp Holzmann A.-G. über. Die Neu-Westend-A.-G. in Charlottenburg trat in Liquidation. Die Industriebiertel Berlin-Tempelhof G. m. b. H. verkaufte mehrere Grundstücke mit angemessenem Nutzen. Die Gesellschaft zur Förderung des Schnellverkehrs in Gugh-Berlin verteilte für 1917 4 pSt., die A.-G. Hellerhof in Frankfurt am Main 2 pSt. Dividende; die Baugesellschaft Klettenberg m. b. H. in Köln, die Tornowische Terrain-A.-G. in Frankfurt a. M. und die Terraingesellschaft „Hinnheimer Höhe“ in Frankfurt nichts. Die Gesellschaft für den Bau von Eisenbahnen in der Türkei in Clarus beschloß Auflösung und Liquidation. In der neugegründeten Gesellschaft für den Bau von Eisenbahnen in der Türkei beteiligte sich Holzmann mit 25 pSt. des 1 Million Mark betragenden Stammkapitals bei zunächst 25 pSt. Einzahlung. An den Beteiligungen an der Russischen, Amerikanischen und Argentinischen Baugesellschaft sowie an der Tempelhofer-Feld-A.-G. habe sich nichts geändert. Die Beteiligungen an Auslandsunternehmungen seien vorsichtig bewertet. An der in Hamburg mit 25 Millionen Mark Stammkapital gegründeten A.-G. für In- und Auslandsunternehmungen beteiligte sich Holzmann mit möglichem Betrag. Es wird ein Geschäftsgewinn von M. 4 046 767 (i. B. M. 4 018 228) nachgewiesen, wozu diesmal M. 455 958 (0) Vortrag treten. Abgeschrieben werden insgesamt M. 574 319 (M. 1 017 633), ein Rückgang, der mit erheblich geringerer Beschaffung von neuem Bauminerale begründet wird. Aus M. 1 878 906 (M. 1 50 953) — ohne Vortrag — Reingewinn werden bekanntlich auf das jetzt vollberechtigte Kapital von 12,45 Millionen Mark 12 pSt. Dividende verteilt (i. B. 15 pSt. auf 6 Millionen Mark). Verfügbar bleiben M. 585 859. Die Bilanz weist nach 7,20 Millionen Mark (wie i. B.) offene Reserven, 4,52 Millionen Mark (4,34) Hypothekenschulden und 18,95 Millionen Mark (16,54) Kreditoren; andererseits 8,04 Millionen Mark (4,25) Kassa und Bankguthaben, 3,22 Millionen Mark (3,46) Wertpapiere, 4,79 Millionen Mark (4,93) Immobilien, 0,52 (0,95) Bauminerale, 3,20 Millionen Mark (2,42) Gebäude und Grundstücke zum eigenen Geschäftsbetrieb, 7,28 Millionen Mark (5,66) Anteile an Gemeinschaftsgesellschaften, 0,78 Millionen Mark (0,73) Miethypotheken, 15,13 Millionen Mark (18,90) Debitoren und 3,80 Millionen Mark (1,08) Waren. Zu letzteren beiden Positionen wird bemerkt, daß diesmal nicht mehr wie im Vorjahre die Warenvorräte der Filialen unter Debitoren, sondern sämtlich unter Waren verbucht sind. Ein solches Unternehmen läßt sich natürlich nicht sozialisieren, sondern im Interesse der Sozialisierung untergeschlagen.

Woran der Wohnungsbau in eigener Regie scheiterte. Der Magistrat der Stadt Landsberg a. d. W. läßt in Anbetracht der großen Wohnungsnot eine Anzahl Wohnhausbauten auf städtische Rechnung ausführen und hat sie an Unternehmer übergeben. Der Gehanke, die Zimmerarbeiten in eigener Leitung auszuführen, mußte aufgegeben werden, weil kein geeigneter Zimmerplatz mit Schnittdosen zum Abbinden der Säulen zu bekommen war und der städtische Polier, der die Ausführung der Zimmerarbeiten hätte leiten sollen, voll- auf beschäftigt ist mit dem inzwischen aufgenommenen Ausbau von Lager- usw. Räumen zu Wohnungen, für welche die Zimmerarbeiten unter Verwendung des durch den Abbruch der Massenquartiere freigewordenen Holzmaterials in eigener Leitung des Magistrats erfolgt. Ein weiteres Sinausschieben der Zuschlagerteilung für die Zimmerarbeiten ist von großem Nachteil für die Förderung der Bauten und der Magistrat hat deshalb die Zuschlagerteilung erteilt, ohne den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung abzuwarten, weil er überzeugt ist, daß die Stadtverordnetenversammlung sich dem Gewicht der angeführten Gründe nicht verschließen wird.

Wohnungsbauten in eigener Regie. Die städtischen Behörden in Greifswald beschloßen, zur Binderung der Wohnungsnot eine Anzahl Häuser zu erbauen. Da die private Bautätigkeit immer noch nicht eingeseht hat, werden die zu erbauenden Häuser in städtischer Regie ausgeführt. Große Schwierigkeiten machte die Beschaffung von Baumaterialien, jedoch ist es der Stadtverwaltung gelungen, soweit Materialien zu bekommen, daß mit dem Bau begonnen werden konnte. Es werden zunächst 2 Sechsfamilienhäuser und 14 Einfamilienhäuser errichtet, so daß im ganzen 26 Wohnungen geschaffen werden, die zum 1. Oktober bestmögk sein werden. Die Entwürfe zu den Bauten sind vom städtischen Bauamt hergestellt worden.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Dreißig Jahre Dachdeckerverband. In diesen Tagen feiert der Zentralverband der Dachdecker sein 30jähriges Bestehen. Aus ganz winzigen Anfängen heraus wurde im Jahre 1889 in Halle a. d. S. der Grundstein zu der heutigen Organisation gelegt, die zuerst ihren Sitz in Berlin hatte. Anders als in den meisten Verbänden vollzog sich indessen bei den Dachdeckern die Entwicklung. Während die übrigen sich mehr und mehr in die Reichshauptstadt drängten, wurde der Sitz des Dachdeckerverbandes auf dem dritten Verbandstag 1899 nach Frankfurt a. M. verlegt, wo er sich nun seit 26 Jahren befindet.

Wenn auch an Zahl klein, ist der Dachdeckerverband mit einer der besten Verbände, soweit das Organisationsverhältnis

der Berufsangehörigen in Betracht kommt. Bei Ausbruch des Krieges waren nahezu 9000 Dachdecker in 240 Orten organisiert, das sind annähernd 80 pSt. aller im Berufe tätigen Arbeiter. In den meisten größeren Städten ist restlos alles organisiert, wie überhaupt in den Groß- und Mittelstädten der Verband durchschnittlich über 90 pSt. der Dachdecker schon im Frieden vereinigt hatte. Die Unorganisierten befinden sich zumeist in den kleinen Städten, auf Dörfern und in den großen ländlichen Bezirken, wo sie nicht oder nur schwer von der Organisation erfasst werden können.

Unter dem Einfluß des Verbandes hat sich die Lohn- und Arbeitszeitbewegung sprunghaft entwickelt. Unter dem Baugewerbe waren die Dachdecker fast überall in der Höhe des Lohnes und der Arbeitszeit an der Spitze, auf die Herbeiführung des Bauarbeiterlohnes wirkten sie mit großem Nachdruck mit ebensolchem Erfolg. Dem Verband gelang es, vielerlei Uebel abzustellen und die Unfallziffer, die in diesem Berufe in den achtziger und neunziger Jahren bedäunfend groß war, um ein bedeutendes herabzubringen. Aber immer noch ist die Zahl der Opfer erheblich; neuerdings schweben wieder Verhandlungen mit der Regierung.

Im Tarifwesen haben die Dachdecker bisher an den örtlichen Verträgen festgehalten; erst während des Krieges wurden die ersten zentralen Verhandlungen eingeleitet, die jetzt mit dem Abschluß eines Reichstarifes gekrönt werden sollen, da der Verband nächste Woche seine Generalversammlung hat. Verhältnismäßig enorme Summen gaben die Dachdecker für Unterstühtungen aus, aber auch die Kampfmittel schonten sie nicht, wo sie nötig waren. In der Beitragsfrage gingen sie immer an der Spitze; heute leisten die Mitglieder Beiträge von M. 1 bis M. 1,80 pro Woche. — Der Verband hat den Krieg gut überstanden; er ist bereits jetzt nahe an seine Mitgliederzahl von 1914 herangekommen.

Zehnter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Montag, 30. Juni 1919, in Nürnberg
im Saalbau des Industrie- und Kulturbereichs, Frauenortgraben 49.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Bericht- erstatter: C. Legien, Berlin.
3. Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften. Die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte. Berichterstatter: Th. Seipart, Berlin.
4. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Berichterstatter: A. Cohen, Berlin.
5. Die Satzungen des „Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes“. Berichterstatter: Th. Seipart, Berlin.
6. Gewerkschaftliche Unterrichtskurse. Berichterstatter: J. Sassenbach, Berlin.
7. Die Sozialisierung der Industrie. Berichterstatter: P. Umbreit, Berlin. Landwirtschaftliche Produktion und Ansfiedlung. Berichterstatter: G. Schmidt, Berlin.
8. Regelung des Lehrlingswesens. Berichterstatter: J. Sassenbach, Berlin.
9. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Der Kongress wird am 30. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließ- lich 5. Juli tagen.
Berlin, den 18. Mai 1919.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien, SO 16, Engelauer 15.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:
G. Böhl, Breite Gasse 26/27, Nürnberg.

Veranstaltungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Veranstaltungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

- Sonntag, den 1. Juni.**
Deutsch-Krone: Nachm. 4 Uhr.
- Montag, den 2. Juni:**
Nassbach: Im Gasthaus „Zum Tiger“. — Göttingen: Im Gewerkschaftshaus, Wilhelmplatz 8. — Wismar.
- Dienstag, den 3. Juni:**
Bitterfeld: Gleich nach Feierabend im Restaurant „Hohenzollern“. — Brannschweig: Beim Kameraden Schumacher, Südklink 8. — Bromberg: Abends 6 Uhr im „Arbeiterkassio“, Thalftr. 2. — Flensburg: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Graubenz: Abends 5½ Uhr im „Goldenen Anker“. — Grünberg i. Schl.: Bei Nummer. — Tschöe: Abends 8 Uhr bei H. Zhißen, Am Markt. — Langensalza: Gleich nach Feierabend im Oberen Felsen- teller“. — Neustadt a. d. Orla: Abends 5 Uhr im „Wald- schloßchen“. — Sprenberg: Bei Kammel, Pfortenstr. 14. — Wiesdorf: Abends 5½ Uhr im Verbandslokal von Stein- ader, Düsseldorfor Straße.
- Mittwoch, den 4. Juni:**
Duisburg: Abends 7 Uhr bei Marks, Feldstr. 9. — Elbing: Im Volkshaus. — Guben: Abends 6 Uhr im „Volksgarten“. — Niesky: Nach Feierabend in der „Krone“, Neuhof.
- Donnerstag, den 5. Juni:**
Deutsch-Viffa: Abends 8 Uhr bei Felgner, „Zum gelben Löwen“. — Greifswald: Bei Peng, Lange Reihe 19. — Viffa i. P.: Abends 6½ Uhr in Hernal's Restaurant, Neuer Ring. — Schwartau: Im Vereinslokale von J. Säfte in Hensfeld.
- Freitag, den 6. Juni:**
Cassel: Abends 7½ Uhr im „Kleinen Stadtpark“, Obere Karlstr. 17. — Coburg: Im „Goldenen Hirsch“, Judengasse.

— Duisburg-Ruhrort: Abends 7 Uhr bei Ofterath in Saar. — Radolfzell: Abends 7½ Uhr im „Krocodil“. — Reutlingen: Nach Feierabend in der „Eintracht“.

Sonntag, den 7. Juni:

Aischerleben: Im „Prinz von Preußen“. — Augsburg: Abends 7 Uhr im „Wittelsbacher Hof“, Jesuiten- gasse. — Bargartheide: Bei Wellmann. — Barmen- Oberfeld: Abends 7½ Uhr bei Hegelich, Unter-Barmen, Allee 31. — Bergen b. Celle: Abends 8 Uhr in „Stadt Hannover“. — Dessau: Abends 7½ Uhr im „Livoli“. — Duisburg-Oberhausen: Abends 7 Uhr bei Mosler. — Gelsenkirchen: Abends 8 Uhr bei Edermann, Ottilienstraße. — Grimmen i. Pomm.: Abends 8 Uhr bei Witwe Gierle, Norderhinterstraße. — Herne: Abends 7 Uhr bei Witwe Bomm, Bochumer Straße 7. — Mühlhausen i. Thür.: Gleich nach Feierabend im „Burgkeller“. — Neu- brandenburg: Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus. — Oranienburg: Abends 8 Uhr bei Großmann, Mühlensstraße. — Reinsfeld: Abends 7 Uhr im Volkshaus, Bismarckstraße. — Rostlau: Abends 8 Uhr im „Fürst Bismarck“. — Witten: Abends 8 Uhr in der Herberge bei G. Ahrens. — Witten: Abends 6 Uhr bei Feinr. Röhmeier, Ardenstr. 104. — Zeitz: Bei Bobe, Gartenstr. 45.

Sonntag, den 8. Juni:

Verberg: Nachm. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Celle: Nachm. 8 Uhr. — Cöthen: Nachm. 8 Uhr im Restaurant „Ludwigshalle“. — Düsseldorf: Vorm. 10 Uhr bei Joh. Meller, Hafenstr. 9. — Frankfurt a. d. O.: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — Garz a. Rügen: Abends 7 Uhr im Gasthof Pries, Putbusser Straße. — Meferitz: Vorm. 9 Uhr bei Fechner, Schweriner Straße 2. — Meschwitz: Nachm. 2 Uhr, „Zum Deutschen Kaiser“. — Münster i. Westf.: Vorm. 11 Uhr bei Aug. Brinmann, Krummer Timpen 29/30. — Oldesloe: Nachm. 4 Uhr in „Stadt Lübeck“. — Treptow a. d. E.: Abends 8 Uhr im „Gesellschaftshaus“. — Verbau: Nachm. 2 Uhr in der „Feuertugel“.

Anzeigen.

Nachruf.
Nach kurzem, schwerem Leiden starb als Opfer des Krieges unser langjähriger Kassierer und Kamerad
Gustav Rose.
Wir werden seiner in Ehren gedenken!
Die Kameraden der Zahlstelle
Friedrichshagen.
[M. 3,60]

Nachruf.
Von den Mitgliedern unserer Zahlstelle starben den Heldentod in dem blutigen Massenmord die Kameraden:
Otto Jähnert **Artur Beigang**
Karl Tirbach **Otto Müller**
Alwin Bär **Max Fischer**
Kurt Rössler **Artur Wollfermann**
Alfred Böttcher **Friedrich Kohl**
Ihr Andenken werden wir stets in Ehren halten!
Die Kameraden der Zahlstelle Rültha i. S.

[M. 3,60] **Nachruf.**
An den Folgen des Krieges starb am 27. April unser treuer Kamerad
Hans Gromann
im Alter von 46 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle Hildesheim.

Zahlstelle Hamburg u. Umg.
Unterhaltungsabend
zu Ehren der Delegierten zur 21. Generalversammlung unseres Zentralverbandes am Montag, 2. Juni, in Hamburg im Gewerkschaftshaus, Großer Saal, parterre.
Ihre gütige Mitwirkung haben zugesagt: **Sängerverein „Derwagh-Vorwärts“** sowie Herr Alex Otto vom Deutschen Schauspielhaus. — Beginn abends 7½ Uhr.
Eintritt gegen Vorzeigung des Verbandsbuches frei.
Garderobe für jede Person 30 ^[M. 4,50].
Hierzu sind alle Kameraden mit ihren werten Familienangehörigen freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

Die Zimmerer **Wilhelm Brandenburger** und **Borgelt** werden ersucht, ihren Verpflichtungen der Zahl- stelle Hamm i. W. gegenüber nachzukommen.
[M. 1,20] Die Zahlstelle Hamm i. W.

Zimmergesellen
stellt ein [M. 1,80]
H. Soschinski, Zimmerstr., Uelzen i. S.